

XI. Gesetzgebungsperiode



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ

1275 /A.B.
zu 1265 /J.
Präs. am 16. Juli 1969

38.815-12/69

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

W i e n

zu Zl. 1265/J - NR/1969

Die schriftliche Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat Haas, Luptowits, Lukas und Genossen, Zahl 1265/J - NR/1969, betreffend den Abschluß eines Strafverfahrens, die ich am 22.5.1969 erhalten habe, beantworte ich wie folgt:

In dem Strafverfahren, welches der dem Bundesministerium für Justiz übermittelten Petition Nr. 13 der Österreichischen Juristenkommission zugrunde liegt, ist über die von sechs Angeklagten eingebrachten Rechtsmittel gegen das erstinstanzliche Urteil noch nicht entschieden worden. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Akten vom Obersten Gerichtshof dem Jugendgerichtshof Wien vorerst zur Entscheidung nach den Bestimmungen der Amnestie 1968 hinsichtlich der danach in Betracht kommenden rechtskräftig verurteilten Mitangeklagten zurückgesendet worden sind.

Der Justizausschuß des Nationalrates hat in der Sitzung vom 18.6.1969 den Bericht des Bundesministeriums für Justiz vom 9.1.1969 betreffend die Petition Nr. 13 mit der Maßgabe zur Kenntnis genommen, daß der Justizausschuß einer Stellungnahme nach rechtskräftiger Beendigung des gegenständlichen gerichtlichen Verfahrens entgegensieht.

16. Juli 1969
Der Bundesminister: